Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Leitterstorf, Sigrid
Willenberg, Marion

2. stellv. Vorsitzende
sachkundige Bürgerin

Fraktion AUFBRUCH!

Knopp, Barbara

beratendes Mitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken
Herr Parpart
Frau Clauß
Herr Walterscheid
Frau Ulbricht
Herr Klein (FD 4/20)
Frau Sielaff-Bock (Gleichstellungsbeauftragte)

außerdem anwesend:

Frau Praschma-Spitzeck (städt. Behindertenbeauftragte)
Frau Albrecht (städt. Behindertenbeauftragte)

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Verpflichtung sachkundiger Bürger
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.11.2011
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 16.11.2011 gefassten Beschlüsse
5. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -
6. Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten Frau Sielaff-Bock
7. 12/0172 Aktivitäten der Stadt Sankt Augustin auf dem Feld der Inklusion
8. 12/0160 2. Änderungssatzung der Stadt Sankt Augustin vom über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für die vorläufige Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Unterbringungssatzung für ausländische Flüchtlinge)
9. 12/0164 Bericht Obdachlosenarbeit
10. 11/0482 Integration von Migrantinnen und Migranten in Sankt Augustin; Integrationsbericht der städt. Ausländerberatung

11. Anträge der Fraktionen

11.1.1. 12/0018 Erstellung eines "Masterplan Inklusion"
Fraktion Aufbruch

11.1.2. 12/0183 Einladung gemeinnütziger Organisationen im Wohnungsbau
CDU-Fraktion

12. Anfragen und Mitteilungen

12.1. Anfragen

12.1.1. 12/0184 Wohnen im Alter
CDU-Fraktion

12.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende, Herr Radke, eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Frau Clarenbach stellte den Antrag, den TOP 7 der Tagesordnung mit dem TOP 11.1.1 gemeinsam zu beraten.

Herr Willnecker stellte den Antrag, den formal verspäteten Antrag DS. Nr. 12/0199 „Neuorganisation der Unterbringung von Obdachlosen, Vorlage eines Gesamtkonzeptes“ mit dem TOP 8 der Tagesordnung gemeinsam zu beraten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Die Ausschussmitglieder haben über die Anträge wie folgt abgestimmt:

einstimmig

2		Verpflichtung sachkundiger Bürger	
---	--	--	--

Der Vorsitzende hat Frau Anette Clarenbach als sachkundige Bürgerin des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin eingeführt und verpflichtete diese zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Niederschrift über die Verpflichtung wurde im Original zum Sitzungsprotokoll genommen.

Die weiteren noch zu verpflichtenden sachkundigen Bürger waren nicht anweisend.

zur Kenntnis genommen

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.11.2011	
----------	--	---	--

Frau Bergmann-Gries wies darauf hin, dass sie die in der Sitzungsniederschrift vom 16.11.2011 zu TOP 8 auf Seite 8 im 5. Absatz vermerkte Feststellung so verstanden wissen wolle, dass sie keine Kritik an der Stadtverwaltung üben wolle, sondern als allgemeine Aussage zu werten sei, dass in der Bevölkerung eine zunehmende Resignation für den gesamten Bereich des öffentlichen Handelns zu erkennen sei.

Sonstige Einwendungen wurden nicht erhoben.

Die Ausschussmitglieder haben die Niederschrift

zur Kenntnis genommen

4		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 16.11.2011 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Die Ausschussmitglieder haben den entsprechenden Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 16.11.2011 gefassten Beschlüsse

zur Kenntnis genommen

5		Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -	
----------	--	---	--

Die Ausschussmitglieder haben den Jahresbericht 2011 über den Stand der Ausführung von Beschlüssen

zur Kenntnis genommen

6		Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten Frau Sielaff-Bock	
----------	--	--	--

Der Vorsitzende begrüßte Frau Susanne Sielaff-Bock als neue städtische Gleichstellungsbeauftragte im Ausschuss.

Frau Sielaff-Bock stellte sich anhand eines Kurzlebenslaufes den Ausschussmitgliedern als Nachfolgerin von Frau Ellen Müller vor.

Frau Schulenburg fragte nach, ob Frau Sielaff-Bock beabsichtige, den von Frau Hecke initiierten „Arbeitskreis Frauen in Sankt Augustin“ wieder aufleben zu lassen. Frau Sielaff-Bock teilte mit, dass sie sich bereits mit Frau Hecke in Verbindung gesetzt habe. Sie reflektiere noch über die Weiterführung des Arbeitskreises. Sie benötige hierzu noch notwendige Informationen, in welche Richtung ein entsprechender Arbeitskreis zukünftig arbeiten könne. Sie wolle gerne einen möglichen Arbeitskreis mit eigenen Ideen beleben.

Zur Frage von Herrn Willnecker ob die Ausstellung „Kunst macht stark“ weitergeführt werden wird, erläuterte Frau Sielaff-Bock, dass sie diese Aktivität als eine spannende Sache betrachte. Veranstaltungen seien bereits terminiert. Es lägen Bewerbungen einiger Künstler vor. Nach deren Verpflichtung ist vorgesehen, die Ausstellung „Kunst macht stark“ fortzuführen.

Auch die übrigen Fraktionen begrüßten Frau Sielaff-Bock in den Reihen des Ausschusses und wünschten der neuen Gleichstellungsbeauftragten einen guten Start in die neue Aufgabe und eine konstruktive Zusammenarbeit.

Die Ausschussmitglieder haben die Vorstellung der städtischen Gleichstellungsbeauftragten Frau Sielaff-Bock

zur Kenntnis genommen

7	12/0172	Aktivitäten der Stadt Sankt Augustin auf dem Feld der Inklusion	FB 5, FB 9, BA, FB 4
----------	----------------	--	-----------------------------

Der Vorsitzende bedankte sich bei der Verwaltung für die Übersendung der Informationen zur Umsetzung der UN-Konventionen zum Thema Inklusion.

Frau Clarenbach trug vor, dass die Vorlage der Verwaltung die Beschreibung des Ist-Standes zum Thema Inklusion darstelle. Nach Auslegung der Fraktion Aufbruch! benötige man zur Annäherung an diese Thematik jedoch eine dreiteilige Aufgabenbearbeitung nämlich

1. Die Entwicklung eines „Leitbildes für Inklusion“,
2. die Erfassung des „Status Quo“ (wie in der Vorlage beschrieben) und
3. den Entwurf eines Masterplanes.

Insofern geht die Fraktion Aufbruch! davon aus, dass die Verwaltung zunächst einmal im Rahmen einer Visionsplanung prüfen sollte, was brauchen wir an Inklusion.

Frau Schulenburg fragte zu Seite 1 der Verwaltungsvorlage nach, ob es richtig sei, dass die Angebote der Musikschule lediglich Klassenangebote für Kinder mit Behinderungen beinhalte. Da eine vollständige Klärung und Beantwortung dieser Frage in der Sitzung nicht erfolgen konnte, sagte Herr Lübken eine Beantwortung der Frage über den Fachbereich 3 (Kultur und Sport) zu.

Die Stellungnahme der Musikschule liegt inzwischen vor. Demnach umfassen die Angebote der Musikschule **Musik mit Menschen mit Behinderungen** wobei es spezielle Angebote ausschließlich für Menschen mit Behinderungen **und** gemeinsame Angebote

für behinderte und nicht behinderte Menschen im Unterricht und im Ensemblespiel gäbe. Beispielhaft für gemeinsame/inklusive Angebote sind zu nennen: Unterricht in der musikalischen Früherziehung (MFE), im Blockflöten- und Schlagzeugunterricht und die Mitwirkung in der Rock Band. Der Unterricht ausschließlich für Menschen mit Behinderungen wird am stärksten nachgefragt.

Frau Schulenburg fragte zu Seite 4, 5. Abschnitt der Verwaltungsvorlage nach, welche Aktivitäten es in Bezug auf die Errichtung von zusätzlichen stationären Pflegeplätzen für Senioren gibt.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass es nach der letzten Pflegemarktbeobachtung im Jahre 2010 vermehrt Nachfragen von Investoren gegeben hat, weil in dem Versorgungsbereich von Sankt Augustin, Hennef und Siegburg festgestellt worden ist, dass im stationären Bereich eine Unterversorgung besteht. Diese Nachfragen wurden innerhalb der Verwaltung zum Anlass genommen zu prüfen, welche ergänzenden Angebote an eine Senioreneinrichtung zu knüpfen sind. Da im Bereich des betreuten Wohnens derzeit nur 51 Einheiten ausgewiesen sind, die Nachfrage allerdings wesentlich höher ist, wurden mit mehreren Investoren entsprechende Kontakte aufgenommen zur Klärung der Lage, und der ergänzenden Angebote für eine solche Einrichtung. Ein Zeitplan für einen möglichen Baubeginn liegt zurzeit noch nicht vor.

Frau Bergmann-Gries fragte nach, welche Größenordnungen und Problemlagen bei stationären Eingliederungshilfen für junge Menschen mit seelischen Behinderungen eine Rolle spielen und welche Größenordnung die beim Landesjugendamt beantragten Initialförderungen ausmachen.

Frau Clauß führte aus, dass bei den stationären Eingliederungshilfen für junge Menschen mit seelischen Behinderungen ein relativ kleiner Kreis von 5 - 10 Jugendlichen betreut wird. Wenn dort allerdings Beeinträchtigungen bspw. depressive und suizidale Erkrankungen festgestellt werden und sind diese relativ massiv, so wird in der Regel eine auswärtige Unterbringung in Spezialeinrichtungen erforderlich. Zu den Zahlbeträgen im Rahmen der Initialförderung bei der Tagespflege kann erst nach Genehmigung des Landeshaushalts der neuen Landesregierung NRW eine Antwort erwartet werden. Grundsätzlich sei von einer 70%-Förderung auszugehen. Aufgrund dessen sei seitens des FB 5 eine ½-Stelle beantragt worden.

Frau Bergmann-Gries erwartete zur Barrierefreiheit der städtischen Schulen über den in der Vorlage beschriebenen Status Quo eine umfangreichere Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Aussage, ob alle Schulen im Stadtgebiet barrierefrei zugänglich gemacht werden sollen.

Darüber hinaus sei ihr aus INFO-Broschüren des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) bekannt, dass für die Inklusionsförderung individuelle Finanzierungszuschüsse gegenüber dem LVR geltend gemacht werden können. Insofern fragte sie nach, ob für die Stadt Sankt Augustin individuelle Finanzierungszuschüsse aufrechenbar seien und könnten sie folglich auch den städtischen Schulen zugute kommen. Weiterhin fragte sie nach, ob auch der Schulträger, Schulen, Schulaufsicht oder Eltern individuelle Finanzierungszuschüsse beantragen können.

Frau Clauß beantwortete die Frage dahingehend, dass wenn Eltern sich entscheiden, ein behindertes Kind mit nicht behinderten Kindern in gemeinsamen Unterricht betreuen zu lassen, werden dazu bestimmte Hilfsmittel benötigt. Bspw. konnten in einem Fall Sehhilfen aus Fördermitteln beschafft werden.

Sowohl Frau Reese als auch Herr Lienesch äußerten sich dahingehend, dass im Bereich der Verwaltung aus ihrer Sicht der Bereich des Sports etwas zu kurz gekommen sei und wünschten hierzu noch eine Nachbesserung.

Frau Clauß stellte hierzu dar, dass der Bericht aus Sicht der Stadtverwaltung und deren Initiativen aufgebaut sei. Selbstverständlich gäbe es im Bereich des Sportes bspw. in den Vereinen auch im Jugendbereich ein vielfältiges Angebot für Menschen mit Behinderungen.

Herr Lienesch schlug vor, über den Stadtsportverband zu erfragen, welche Aktivitäten die Vereine im Bereich des Sports für Menschen mit Behinderungen anbieten und vorhalten.

Darüber hinaus fragte Herr Lienesch zu Seite 4 der Verwaltungsvorlage nach, ob im Bereich der stationären Unterbringung von jungen Erwachsenen spezielle Einrichtungen vorhanden sind oder geschaffen werden.

Herr Parpart stellte fest, dass es in diesem Bereich auch nach Aussage der Heimaufsicht beim Landrat des Rhein-Sieg-Kreises Defizite gibt. Zuständiger Leistungsträger für diesen Personenkreis ist der Landschaftsverband Rheinland als überörtlicher Sozialleistungsträger. Der LVR hat vor geraumer Zeit beschlossen, dass stationäre Plätze in den kommenden Jahren um 5% zugunsten der ambulant betreuten Wohnform zu reduzieren sind. Man hofft, durch den Ausbau der ambulant betreuten Wohnform den Ausfall bei den stationären Plätzen kompensieren zu können. Die Stadt Sankt Augustin hat hier unmittelbar keine Einflussmöglichkeit.

Herr Willnecker fragte nach, welchen Standard wir in den städtischen Schulen erhalten wollen. Er gehe nach bisheriger Beschlusslage durch den Rat der Stadt Sankt Augustin davon aus, dass sobald ein Anbau-/Umbau an Schulgebäuden vorgenommen werde, diese dann zumindest barrierefrei errichtet werden.

An die antragstellende Fraktion gerichtet, führte er aus, dass solange keine dezidierten Vorgaben des Landesgesetzgebers vorliegen, die Stadt Sankt Augustin auch keine Visionen entwickeln könne, die dann nach Vorliegen der Gesetze und Vorschriften ggf. überhaupt nicht umsetzbar resp. nicht finanziert werden könnten. Im Übrigen solle man Visionen nur auf Grundlage von tatsächlichen Bedürfnissen und Tatsachen entwickeln. Inklusion stelle insofern geltendes Recht dar und könne nur nach klaren Vorgaben erarbeitet werden und nicht nach dem Motto: „Was wäre, wenn...?“

Insofern könnten auch seitens der Verwaltung und den Ausschussmitgliedern nur Mindeststandards formuliert werden, da man insofern nicht für den „Papierkorb“ arbeiten wolle.

Der Vorsitzende sah dennoch die Notwendigkeit, das Thema im Sozialausschuss intensiv und allumfassend so zügig wie möglich zu behandeln, weil hier inhaltliche Vorgaben erarbeitet werden sollten.

Im Anschluss entwickelte sich unter den Ausschussmitgliedern eine intensive Diskussion darüber, ob und wie mit dem Antrag der Fraktion Aufbruch! weiter zu verfahren sei.

Als Ergebnis der vorangegangenen Diskussion führte Herr Lienesch aus, das man vor Erstellung eines Inklusionsplanes abwarten sollte, bis mehr Rahmenbedingungen bekannt seien. Er fügte hinzu, dass die CDU-Fraktion gerne die „Leitplanken“ der Landesregierung NRW zu dieser Thematik kennen würde, ehe politische Entscheidungen getroffen werden und formulierte für die CDU-Fraktion folgenden neuen Beschlussvorschlag zu Punkt 2. der Verwaltungsvorlage:

„Der Ausschuss stellt fest, dass bei den derzeitigen unvollständigen gesetzlichen Vorgaben die Erstellung eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsplanes zurzeit nicht zielführend ist. Die Verwaltung wird gebeten, das Thema unaufgefordert,

erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses zu nehmen, sobald nähere Rahmenbedingungen seitens des Landesgesetzgebers feststehen.“

Der Formulierungsvorschlag der CDU-Fraktion führte zu einer weiteren Diskussion, in der Herr Haacke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN argumentierte, dass trotz der fehlenden Vorgaben des Landesgesetzgebers niemand die Stadt Sankt Augustin daran hindern könne, Mindeststandards zum Thema Inklusion zu entwickeln, die dann nach Kenntnis der noch abzuwartenden landesrechtlichen Vorgaben, entsprechend umgesetzt werden könnten. Die Beschreibung von Visionen könne auch außerhalb von gesetzlichen Handlungsspielräumen entwickelt werden.

Herr Willnecker entgegnete demgegenüber, dass aufgrund der städtischen Haushaltslage zurzeit wohl nichts anderes übrig bleibe als die gesetzlichen Vorgaben abzuwarten und dann zielführend an den entsprechenden Vorgaben die politischen Entscheidungen zu treffen.

Frau Lüders führte hierzu weiter aus, dass nach Bekanntwerden der gesetzlichen Vorgaben wesentlich effizienter konkrete Arbeitsfelder beschrieben werden könnten, da man ansonsten an Grenzen stoßen würde, die man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht überblicken könne.

Frau Bergmann-Gries formulierte für die SPD-Fraktion einen weiteren, neuen Beschlussvorschlag zu Punkt 2. der Verwaltungsvorlage:

„Der Ausschuss stellt fest, dass grundsätzlich die Notwendigkeit besteht, einen fachbereichsübergreifenden Inklusionsplan zu entwickeln. Deshalb soll der Ist-Zustand weiter umfassend aufbereitet werden, um anschließend erste Schritte im Prozess der Inklusion bspw. im Rahmen eines Runden Tisches einzuladen bzw. in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zu erörtern“.

Die Ausschussmitglieder konnten sich zunächst auf keinen geänderten, abstimmungsfähigen Beschlussvorschlag zu Punkt 2. der Verwaltungsvorlage einigen.

Zur weiteren Beratung beantragte Frau Lüders eine Sitzungsunterbrechung.

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung für 10 Minuten.

Vor der Sitzungsfortführung erinnerte der Vorsitzende an die Wichtigkeit des Themas Inklusion für die Bevölkerung der Stadt Sankt Augustin und bat darum die Thematik couragiert und gemeinsam zu entwickeln. Er formulierte nach Rücksprache mit der antragstellenden Fraktion einen weiteren Beschlussvorschlag zu Punkt 2. der Verwaltungsvorlage:

„Der Ausschuss stellt fest, dass grundsätzlich die Notwendigkeit besteht, einen fachbereichsübergreifenden Inklusionsplan zu entwickeln. Bei den derzeitigen unvollständigen gesetzlichen Vorgaben erscheint die Erstellung eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsplanes zurzeit aber noch nicht zielführend zu sein. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Inkrafttreten der gesetzlichen Vorgaben, die Thematik zügig wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.“

Der Vorsitzende stellte die beiden neuen Beschlussvorschläge zur Abstimmung. Zunächst wurde über den folgenden Beschlussvorschlag von Frau Bergmann-Gries wie folgt abgestimmt:

1. Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis
2. Der Ausschuss stellt fest, dass grundsätzlich die Notwendigkeit besteht, einen fachbereichsübergreifenden Inklusionsplan zu entwickeln. Deshalb soll der Ist-Zustand weiter umfassend aufbereitet werden, um anschließend erste Schritte im Prozess der Inklusion bspw. im Rahmen eines Runden Tisches einzuladen bzw. in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zu erörtern“.

6 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen. Damit haben die Ausschussmitglieder den Beschlussvorschlag von Frau Bergmann-Gries abgelehnt.

Über den folgenden neu formulierten Beschlussvorschlag des Ausschussvorsitzenden wurde wie folgt abgestimmt:

1. Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis
2. Der Ausschuss stellt fest, dass grundsätzlich die Notwendigkeit besteht, einen fachbereichsübergreifenden Inklusionsplan zu entwickeln. Bei den derzeitigen unvollständigen gesetzlichen Vorgaben erscheint die Erstellung eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsplanes zurzeit aber noch nicht zielführend zu sein. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Inkrafttreten der gesetzlichen Vorgaben, die Thematik zügig wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

7 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen.

mehrheitlich ja

8	12/0160	2. Änderungssatzung der Stadt Sankt Augustin vom über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für die vorläufige Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Unterbringungssatzung für ausländische Flüchtlinge)	FB 4
---	---------	--	------

Herr Walterscheid stellte die 2. Änderungssatzung über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für die vorläufige Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Unterbringungssatzung für ausländische Flüchtlinge) anhand der Verwaltungsvorlage den Ausschussmitgliedern vor. Er teilte mit, dass die 2. Änderungssatzung erforderlich geworden ist, da durch die gestiegene Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge der Landesstelle für ausländische Flüchtlinge das bereits geschlossene Übergangsheim „Großenbuschstraße“ nach einer Teilrenovierung wieder bewohnt wird.

Ohne weitere Aussprache stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die 2. Änderungssatzung der Stadt Sankt Augustin vom über die Unterhaltung und Benutzung von Übergangsheimen für die vorläufige Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Unterbringungssatzung für ausländische Flüchtlinge).“

einstimmig

9	12/0164	Bericht Obdachlosenarbeit	FB 4
----------	----------------	----------------------------------	-------------

Herr Walterscheid führte zu der Verwaltungsvorlage aus, dass in allen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreis, außer in der Stadt Sankt Augustin, die Obdachlosenunterbringung im Bereich der Ordnungsverwaltung angesiedelt ist. In der Stadt Sankt Augustin ist die Obdachlosen-Prävention und -verwaltung im Fachdienst Wohnen angesiedelt, was historische Gründe hat. Die im Jahre 1992 am städtischen Bauhof eröffnete Obdachlosenunterkunft wurde seinerzeit von zwei Sozialpädagogen betreut. Im Sozialausschuss wurde danach regelmäßig der Bericht der Obdachlosenarbeit vorgelegt. Aus Anlass des Obdachlosenberichtes im Jahr 1998 hat dann der Rat der Stadt Sankt Augustin einstimmig beschlossen, bei der Stadt Sankt Augustin nur noch eine Anlaufstelle für alle Bereiche des Wohnen anzurichten, nämlich die zentrale Fachstelle Wohnen in der heutigen Form.

Oberstes Ziel des Fachdienstes sei es Obdachlosigkeit zu vermeiden. Bei bereits eingetretener Obdachlosigkeit sei es immer Priorität gewesen, möglichst eine sozialverträgliche Unterbringung zu gewährleisten.

Ergebnis dieser Obdachlosenarbeit bei ca. 60 Räumungsklagen jährlich sei die Anzahl von lediglich 3 – 5 Unterbringungen im Jahresschnitt in den städtischen Obdachlosenunterkünften. Weitere Merkmale einer funktionierenden Obdachlosenprävention seien auch die fehlenden Rückmeldungen und Beschwerden aus der Bevölkerung oder aus dem politischen Raum zu dieser Thematik.

Bei einer Stadt mit ca. 60.000 Einwohnern liegen die Fälle für Personen mit Wohnungsproblemen im 1-stelligen Promillebereich, die seitens der Wohnungsverwaltung als sog. Störer bezeichnet werden.

Aktuell häufen sich die Räumungsklagen bspw. bei den jüngeren Personen, die im sog. „Hotel Mama“ gekündigt worden sind.

Allerdings würden auch diese Problemfälle von der Obdachlosenverwaltung hervorragend betreut.

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Herrn Walterscheid begrüßte der Vorsitzende Frau Ullbricht und Herrn Klein vom Fachdienst Wohnen.

Frau Mewes erbat für die SPD-Fraktion zur Verhinderung eines Ballungsgebietes keine erneute Erweiterung der dortigen Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“.

Auch Herr Lienesch brachte für die CDU-Fraktion zum Ausdruck, dass der Standort der Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“ kritisch betrachtet werden müsse. Wenn der Bedarf an Obdachlosenunterkünften weiter ansteigt, müsse insofern auch politisch nach anderen Standorten im Stadtgebiet gesucht werden.

Frau Schulenburg fragte zu den Steigerungsraten von 14% bei Räumungsklagen in

Sankt Augustin nach, ob diese Tendenz auch in anderen Kommunen festzustellen ist. Frau Ullbricht erläuterte, dass die Räumungsklagen in Sankt Augustin sich auf einem ähnlichen Niveau wie bspw. in Troisdorf bewegen aber auch in den Nachbarkommunen ein Anstieg beobachtet werden kann.

Herr Willnecker verwies auf den als Tischvorlage verspätet eingegangenen Antrag der FDP-Fraktion vom 16.05.2012 (DS-Nr. 12/0199) betr. „Neuorganisation der Unterbringung von Obdachlosen, Vorlage eines Gesamtkonzeptes“. Hierin sollte die Verwaltung beauftragt werden, ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von Obdachlosen in Sankt Augustin zu erarbeiten. Die Vermeidung von Wohnungslosigkeit und die Vermittlung in Betreuungsangebote sollten ebenfalls in diesem Konzept berücksichtigt werden. Teil des Gesamtkonzeptes beinhalte für ihn auch die Frage, was zukünftig mit der Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“ geschehe und wie für den dort untergebrachten Personenkreis das Gefühl der Abgeschobenheit vermieden werden könne. Ebenso sollten Ideen für Alternativen entwickelt werden resp. die Frage beantwortet werden, welche Maßnahmen werden für sog. „nicht mehr Therapierbare“ ergriffen.

Herr Walterscheid führte hierzu aus, dass der Bericht der Obdachlosenarbeit den aktuellen „Status quo“ beschreibe. Er hoffe, dass sich die aktuelle Entwicklung weiter fortsetze und man insgesamt mit geringeren Fallzahlen bei den männlichen Einzelpersonen rechnen könne. Außer der aktuellen räumlichen Erweiterung der Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“ gäbe es darüber hinaus zurzeit noch keine weitere Planung zum Ausbau weiterer Obdachlosenunterkünfte, da der Ausbau dieser Anlage derzeit eine Menge Zeit binde, die weitere Überlegungen noch nicht zu lassen.

Frau Bergmann-Gries bedankte sich für den umfangreichen Bericht der Obdachlosenarbeit und das Engagement der Obdachlosenverwaltung. Der Bericht offenbare aus ihrer Sicht allerdings in weiten Teilen aber auch eine Beschreibung von Hilflosigkeit. Wo gibt es da Ansätze oder Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Einrichtungen und Behörden.

Frau Ullbricht führte hierzu aus, dass die Entwicklung von psychischen Erkrankungen stetig ansteige, die Obdachlosenprävention sei eben häufig nur die „Feuerwehr“. Hilfestellungen werden in Teilen schon seit Jahren verweigert und es fehle an der Einsichtsfähigkeit der Betroffenen. Beispielsweise werde in Troisdorf derzeit ein Projekt „Kein Kind im Obdach“ erprobt, das mit Landesmitteln gefördert wird. Man stehe in Kontakt mit der Stadt Troisdorf und werde das Ergebnis des Projektes mit Spannung erwarten. Ergänzend führte Herr Parpart hierzu aus, dass die Obdachlosenverwaltung mit dem Sozialpädagogischen Zentrum (SPZ) im Rhein-Sieg-Kreis eng zusammenarbeitet. Wenn hier bspw. psychische Auffälligkeiten festgestellt werden, werde seitens der Obdachlosenverwaltung versucht, diese Personen entsprechend zu vermitteln. Voraussetzung sei hier aber die Einsichtsfähigkeit der betreffenden Person.

Herr Montexier bedankte sich für den umfangreichen Obdachlosenbericht und zollte der Sachbearbeitung der Obdachlosenverwaltung großes Lob.

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration hat den Bericht über die Obdachlosenarbeit zustimmend

zur Kenntnis genommen

10	11/0482	Integration von Migrantinnen und Migranten in Sankt Augustin; Integrationsbericht der städt. Ausländerberatung	FB 4
-----------	----------------	---	-------------

Herr Lienesch bedankte sich bei der Verwaltung und im Besonderen bei Herrn Klein (FD 4/20) für den umfangreichen und aktualisierten Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung. Er fragte zu Seite 43 des Integrationsberichtes nach, ob auch für Sankt Augustin die in der Presse veröffentlichte Verknappung der seitens der Bundesregierung angebotenen Integrationskurse spürbar sei.

Herr Klein teilte mit, dass in Sankt Augustin auch nach Rücksprache mit der CARITAS kein Fall bekannt sei, für den ein Antrag zur Aufnahme in einen Integrationskurs abgelehnt worden ist.

Darüber hinaus fragte Herr Lienesch zu Seite 49 des Integrationsberichtes nach, wie viele Paten zurzeit das Projekt „PfAu – Paten für Ausbildung“ betreuen. Herr Klein teilte hierzu mit, dass z. Zt. insgesamt 24 ehrenamtliche Paten die Initiative PfAu betreuen. In der Hauptschule Menden sind z. Zt. 21 PfAu-Paten aktiv. In der Hauptschule Niederpleis sind bedingt durch weitere berufsbegleitende und berufsvorbereitende Maßnahmen z. Zt. 3 PfAu-Paten aktiv.

Frau Bergmann-Gries fragte zu Seite 27 des Integrationsberichtes nach, ob bedingt durch die Vielzahl der verschiedenen islamischen Volksgruppen, religionsbedingte Probleme bekannt geworden seien.

Herr Klein sind zu dieser Thematik bisher keine Probleme bekannt geworden. Nach seinen Erfahrungen spielt die Religionsausübung bei der Vorsprache in der Ausländerberatung keine Rolle, die einzelnen Sachprobleme der Kunden stehen hier eindeutig im Vordergrund.

Frau Bergmann-Gries fragte in Richtung Herrn Montexier als Mitglied des Integrationsrates des Rates der Stadt Sankt Augustin nach, ob aus seiner Sicht eine aktive Integrationspolitik in Sankt Augustin gesichert sei.

Herr Montexier führte hierzu aus, dass in der Kürze des aktiven Bestehens des Integrationsrates in Sankt Augustin durch die politische Beteiligung bereits gute Impulse gesetzt worden sind aber auch noch ein großes Potenzial an guter Integrationsarbeit vorhanden sei.

Herr Haacke bedankte sich bei der Verwaltung für den umfangreichen und aussagekräftigen Integrationsbericht. Besonders erfreulich sei, dass aus Sicht der Ausländerberatung keine rechtsextremistische Tendenzen oder ausländerfeindliche Taten in Sankt Augustin festgestellt werden konnten.

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration hat den Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung

zur Kenntnis genommen

11		Anträge der Fraktionen	
11.1.1	12/0018	Erstellung eines "Masterplan Inklusion" Fraktion Aufbruch	FB 5, FB 9, BA, FB 4

Der Antrag der Fraktion Aufbruch vom 13.01.2012 (DS-Nr. 12/0018) zu TOP 11.1.1 wurde unter TOP 7 mitbehandelt.

mehrheitlich ja

11.1.2	12/0183	Einladung gemeinnütziger Organisationen im Wohnungsbau CDU-Fraktion	FB 4
---------------	----------------	--	-------------

Herr Lienesch erläuterte die Beweggründe für den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2012 (DS-Nr. 12/0183).

Er wies darauf hin, dass seitens des Wohnungsmarktes immer wieder Bedarfe für bestimmte Wohnungsgrößen erkennbar seien. Er sieht die Notwendigkeit, mit den gemeinnützigen Organisationen im Wohnungsbau in Dialog zu treten, um prüfen zu können, welche politischen Gestaltungsinstrumente zur Einwirkung auf den Wohnungsmarkt umsetzbar sind, um die entstehenden Bedarfe decken zu können.

Frau Bergmann-Gries wollte den Antrag im kausalen Zusammenhang mit dem wohnungspolitischen Bericht zum sozialen Wohnungsbau verstanden wissen. Sie wolle den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen, wenn die Ergebnisse aus den Gesprächen mit den gemeinnützigen Wohnungsbau-Organisationen und den daraus resultierenden Erkenntnissen durch den Fachdienst Wohnen im wohnungspolitischen Bericht in den Ausschuss reflektiert werden.

Herr Willnecker gab zu Bedenken, dass die Einladung an die regional ansässigen gemeinnützigen Wohnungsbauorganisationen nur zwei Anbieter umfasse und die Erkenntnisse nicht repräsentativ seien. Er könne sich auch vorstellen, freie Wohnungsbauträger einzuladen, zu denen man aber nicht sehr einfach den Kontakt herstellen könne.

Der Vorsitzende stellte den folgenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Sankt Augustin e.G. sowie die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises mbH in den Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Die Ausschussmitglieder haben über den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt abgestimmt:

einstimmig

12		Anfragen und Mitteilungen	
12.1		Anfragen	
12.1.1	12/0184	Wohnen im Alter CDU-Fraktion	FB 4

Herr Lübken teilte mit, dass zwei Anfragen vorgelegen haben.

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.05.2012 DS-Nr. 12/0184 betr. „Wohnen im Alter“ wurde am 21.05.2012 schriftlich beantwortet.

Die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.05.2011 DS-Nr. 11/0236 betr. „Drogenproblematik in Sankt Augustin“ wurde am 30.05.2012 an die Fraktionen per E-Mail beantwortet.

Weitere Anfragen lagen nicht vor.

Die Ausschussmitglieder haben die Anfragen der Fraktionen

zur Kenntnis genommen

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Herr Parpart wies darauf hin, dass die Verwaltung zu Beginn der Sitzung eine Übersicht über die Bewilligungen im Bereich von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ausgelegt habe. Hierbei handelt es sich um die Zahlen aus dem originären Zuständigkeitsbereich der Stadt Sankt Augustin; aktuelle Zahlen des jobcenters rhein-sieg lägen hierzu leider nicht vor.

Die Übersicht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt

Darüber hinaus wies Herr Parpart auf einen Termin hin: Am Samstag, den 07.07.2012 findet ab 15.00 Uhr das „Internationale Spiel- und Begegnungsfest“ im Sportzentrum Sankt Augustin, Grantham-Allee 27 statt.

Der Vorsitzende machte folgende weitere Mitteilung: In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28. Februar 2012 wurde angeregt, die Mitglieder des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zu einer Sitzung einzuladen, in der die Familienhebamme Frau Spring einen Bericht über ihre Tätigkeit abgeben wird. Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am Dienstag, den 03.07.2012 statt. Herr Radke bat um rege Teilnahme derer, die sich für dieses Thema interessieren.

Die Ausschussmitglieder haben die Mitteilungen

zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende hat die Sitzung gegen 20.25 Uhr geschlossen.

Sankt Augustin, den 06. August 2012

Udo Lefherz
Protokollführer

Johannes Radke
Ausschussvorsitzender

Gesehen:

Klaus Schumacher
Bürgermeister